Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5669
30. 07. 76

Sachgebiet 221

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lenzer, Pfeffermann, Pfeifer, Benz, Engelsberger, Dr. Franz, Roser, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU

betr. Forschungspolitik und Arbeitsplätze der Zukunft

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß ihre Forschungspolitik dem Ziele der Sicherung der Arbeitsplätze der Zukunft nicht in ausreichendem Maße gerecht wird?

2. Welcher Methoden bedient sich die Bundesregierung zur Erreichung der angestrebten Ziele im Bereich der Forschungspolitik, und wie erfolgt eine Abstimmung zwischen

   a) direkter oder indirekter Förderung,

   b) Setzung von Standards (Gesetze, Verordnungen, Normen),

   c) organisatorischen Maßnahmen (Kooperation zwischen staatlichen Forschungsinstituten und Wirtschaft, Anreizsystem in staatlichen Forschungsinstituten für höhere Leistung, Kosten- und Erfolgskontrolle, Beschaffungswesen)?

3. Warum unterläßt es die Bundesregierung in ihrer Forschungspolitik, die Umsetzung des technologischen Wissens in Innovationen zu forcieren, damit qualitatives Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze gesichert und ausgebaut werden?

4. Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um Innovationshemmnisse abzubauen?

5. In welchen Bereichen der Wirtschaft wurden in den letzten Jahren durch Basis-Innovationen, die unmittelbar auf die Förderung der Bundesregierung zurückgehen, in erheblichem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen?

6. Welche Indikatoren sind für die Bundesregierung maßgeblich, um den Stand der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich zu messen?

7. Wie erklärt sich die Bundesregierung die von einer großen Zahl führender deutscher Wissenschaftler festgestellte

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

geringe Effizienz der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich?

8. Worauf führt die Bundesregierung die negative Patent- und Lizenzbilanz der Bundesrepublik Deutschland zurück, und welche Folgerungen zieht sie hieraus für ihre Politik?

9. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß das gegenwärtige Patent- und Lizenzrecht ausreichend ist, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang insbesondere die Bedeutung der freien Erfinder und Arbeitnehmererfinder?

10. Welche Angaben liegen über die Innovationstätigkeit der deutschen Wirtschaft vor, und wie ist diese einzuordnen im Vergleich zu anderen Industrieländern?

11. Trifft es zu, daß sehr viele verwertbare Erfindungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht genutzt werden und dadurch sich auch nicht als Innovation niederschlagen? Wie beurteilt sie den Erfolg spezieller staatlich geförderter Patentverwertungsgesellschaften?

12. Wie stellt sich die Bundesregierung eine bessere Koordinierung der Ressortforschung im Hinblick auf das Ziel „Sicherung der Arbeitsplätze der Zukunft" vor?

13. Warum legt die Bundesregierung den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bei der Stimulierung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf die direkten Finanzzuweisungen und vernachlässigt parallel dazu ordnungspolitische und innovationsfördernde Maßnahmen?

14. Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob im Bereich der Wirtschaft durch eine stärkere Betonung der indirekten Forschungs- und Entwicklungsförderung die angestrebten Ziele wirkungsvoller zu erreichen sind?

15. In welchem Umfange berücksichtigt die Bundesregierung bei der Auswahl von Forschungs- und Entwicklungsprojekten einen eventuellen Innovationserfolg, wie geschieht dies im einzelnen, und welche Erfolgskontrolle wird durchgeführt?

16. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß kleine und mittlere Unternehmen für die Innovationstätigkeit eine herausragende Rolle spielen, und warum wird dies in der Forschungspolitik zur Zeit nicht stärker berücksichtigt?

17. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus welchen der von ihr angeforderten Gutachten und Studien über künftige Entwicklungen der Wirtschaftsstruktur für ihre Forschungs- und Entwicklungsförderung in der Gegenwart?

18. Welche Gesetze, Verordnungen und sonstigen staatlichen Vorschriften, die durch Festsetzung technischer Standards Einfluß auf die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben, gibt es zur Zeit, und in welchem Umfange werden insbesondere wissenschaftlich-technisch bedingte Randbedingungen (Abgabewerte, Qualitätsansprüche u. ä.) in solchen Vorschriften dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis angepaßt?

Bonn, den 30. Juli 1976

Lenzer
Pfeffermann
Pfeifer
Benz
Engelsberger
Dr. Franz
Roser
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Walz
Carstens, Stücklen und Fraktion

Begründung

Forschungspolitik hat vielfältige Ziele. Sie ist insbesondere von grundlegender Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Staates und der Gesellschaft. Der vorliegende Antrag der CDU/CSU beschäftigt sich ausschließlich mit den Auswirkungen von Forschung und Entwicklung auf Wirtschaft und qualitatives Wachstum sowie die Arbeitsplätze der Zukunft.

Die Stimulierung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit bildet eine unverzichtbare Grundlage zur Erreichung dieser Ziele, genügt jedoch allein nicht. Wichtige Probleme unseres wirtschaftlichen Lebens wie Energie- und Rohstoffbeschaffung können durch den Einsatz der Forschung zumindest einer Lösung nähergebracht werden. Sowohl bei der Bereitstellung neuer Energiequellen als auch bei der Energieersparnis zeichnen sich allein aufgrund der gegenwärtigen Forschungs- und Entwicklungstätigkeit Lösungen für die Zukunft ab. Auch im Bereich der Rohstoffverwendung ergibt sich durch Substitution, aber auch durch Wiederverwendung und Erschließung neuer Rohstoffquellen (über ²/₃ der Welt ist von dem relativ unerschlossenen, aber rohstoffreichen Meer bedeckt) ein Weg aus der Krise. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt mehr als zuvor davon ab, Güter und Dienstleistungen anzubieten, die auf dem Weltmarkt einen komparativen Vorteil aufweisen. In der These, der Export von „Blaupausen" sei ausreichend für die Sicherung der Arbeitsplätze, wird verkannt, daß Export immer die Bewährung in der eigenen Produktion voraussetzt. Nur wenn die neuen Produkte (Innovationen) diesen Test überstanden haben, werden sie auch in der Regel auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Entscheidend dafür, daß neue Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt ankommen, ist das Vorhandensein einer entsprechenden Nachfrage. In diesem Zusammenhang spielt zwar der Käufer die entscheidende Rolle, aber der Staat setzt durch seine Rahmenbedingungen wichtige Impulse für die Beeinflussung der Nachfrage. In der sozialen Marktwirtschaft muß es dem freien Spiel der Kräfte überlassen sein, im Rahmen der vom Staat gesetzten Normen die besten Produkte und Dienstleistungen anzubieten.

Der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttosozialprodukt wird immer wieder als Indikator für den Stand der Forschung eines Staates herangezogen. Wegen der unterschiedlichen Struktur der Volkswirtschaften und insbesondere auch des Exports ist ein internationaler Vergleich jedoch problematisch. Gerade ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland weist im Export einen hohen Anteil von Investitionsgütern auf, die wiederum erhebliche Forschungs- und Entwicklungsausgaben voraussetzen. Hinzu kommen Probleme, die sich aus den speziellen Umweltgegebenheiten und Strukturen der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Deshalb ist sie mehr als jedes Land in Europa auf einen hohen Stand von Forschung und Entwicklung angewiesen. Der unter der politischen Verantwortung der derzeitigen Bundesregierung seit 1973 einsetzende Rückgang der realen Forschungsausgaben der Wirtschaft und des Staates ist

bedenklich und wird bald zu erheblichen Schädigungen der Volkswirtschaft führen.

Die gegenwärtige Forschungspolitik beschränkt sich im wesentlichen auf die alleinige Förderung von Forschung und Entwicklung. Bei der Förderung der angewandten Forschung steht nicht die Verwertbarkeit des angestrebten Forschungsergebnisses oder die Innovation im Vordergrund, sondern die Schaffung von neuem Wissen. Es wird von der Bundesregierung zwar über sichere Arbeitsplätze geredet, aber der Beitrag der Forschungspolitik hierzu bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze der Zukunft ist eine Schwerpunktverlagerung bei der angewandten Forschung auf die Innovation erforderlich. Die vom Staat zu setzenden Rahmenbedingungen müssen sich an die sich abzeichnenden Probleme im Energie-, Rohstoff- und Umweltschutzbereich anpassen. Neben einer stärkeren Förderung der Grundlagenforschung muß das Forschungsministerium im Bereich der angewandten Forschung die Anwendung der Forschungsergebnisse und ihren konkreten Nutzen berücksichtigen. Entscheidend ist nicht die Zahl der geförderten Projekte und Technologien, sondern vielmehr, inwieweit brauchbare Ergebnisse erzielt werden. Statt über zahlreiche Fachprogramme Steuergelder zu verteilen, bedarf es vielmehr koordinierter Aktionen, bei denen durch einen Vergleich der angestrebten Ziele mit dem Ist-Zustand die notwendigen Maßnahmen aufgezeigt werden.

Forschung und Entwicklung und vor allem Innovation haben in Anbetracht der vielfältigen Strukturprobleme unserer Volkswirtschaft eine entscheidende Bedeutung für die Sicherung der Arbeitsplätze der Zukunft. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll mit dazu beitragen, die Diskussion über die anzustrebenden Maßnahmen zu vertiefen und Lösungsmöglichkeiten für die angesprochenen Probleme aufzuzeigen.

Die Kleine Anfrage dient als Ergänzung des Antrages der CDU/CSU auf Drucksache 7/4921. Durch die Beendigung der 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestages kann der Antrag parlamentarisch nicht verhandelt werden. Im Interesse der Sache ist es aber notwendig, der Bundesregierung Gelegenheit zu geben, zu dem angestrebten Problembereich Stellung zu nehmen.